



China – Report

November 2020

1) China erreicht durch RCEP einen Handelsvorteil

Fast unbemerkt vom Rest der Welt hat China über Jahre hinweg das größte Handelsabkommen der Welt angebahnt. Das *Regional Comprehensive Economic Partnership*-Abkommen (RCEP) wurde nun von 15 Staaten unterzeichnet, die gemeinsam etwa 30 Prozent der Weltbevölkerung wie auch des Weltsozialprodukts ausmachen. Von Seiten der ASEAN-Staaten sind es Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam. Hinzu kommen China, Japan, Südkorea sowie Australien und Neuseeland. Verhandelt wurde mehr als sieben Jahre lang.

Die chinesischen Medien stellten die Unterzeichnung des RCEPs als großen Erfolg dar, der die Region vor allem gegenüber den USA und Europa unabhängiger macht. [Gerade vor dem Hintergrund, dass sich Australien und China derzeit in einem heftigen Handelsstreit befinden, ist es nicht unerheblich, dass sie sich dennoch auf das RCEP einigen konnten.](#) Auch Japan und Südkorea hatten seit Jahren über ein trilaterales Handelsabkommen mit China verhandelt.

Bloomberg Economics prognostiziert, dass Chinas BIP bis zum Jahr 2030 jährlich zusätzlich um 0,5 Prozent wachsen könnte, wenn bis dahin etwa 90 Prozent der Zölle im RCEP-Gebiet entfallen.

„Wenn RCEP umgesetzt wird, schafft es einen gemeinsamen Standard für die Definitionen der Herkunft eines Produkts, der dazu beiträgt, China in regionale Lieferketten zu verankern“, sagte Michael Hirson von der Beratungsgesellschaft Eurasia Group. Im vergangenen Jahr importierte China laut Berechnungen der GTAI rund 37 Prozent aller Waren aus den RCEP-Ländern, während jedes vierte chinesische Exportprodukt in die RCEP-Länder ging. Chinas Führung rühmt sich derweil, dem von ihr so häufig angepriesenen Multilateralismus durch die Unterzeichnung des Abkommens wieder ein Stück näher gekommen zu sein.

2) Was bedeutet Joe Bidens Sieg für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen?

Vier Jahre unter Präsident Trump haben einen Berg an Problemen im chinesisch-amerikanischen Verhältnis aufgetürmt. Der Handelskonflikt ist ungelöst und führt zu Milliarden Dollar an Strafzöllen, zahlreiche chinesische Firmen und Einzelpersonen wurden auf die schwarze Liste des US-Handelsministeriums gesetzt, Konsulate in den USA und in China wurden geschlossen, das Justizministerium der USA wirft China Spionage vor, Huawei, Wechat und TikTok droht die Verbannung aus den USA und das Säbelrasseln in der Taiwanstraße und dem Südchinesischen Meer hält an.

Nach dem Wahlsieg Joe Bidens in den USA ist eine der zentralen Fragen, welche Folgen dies für das chinesisch-amerikanische Verhältnis haben und was Joe Biden hier anders machen wird als sein Vorgänger. Die Medienlandschaft weist dabei auf unterschiedliche Aspekte hin.



China – Report

November 2020

Kaum überraschend vermutet CNN, dass Biden weniger abrupt und unvorhersehbar gegenüber China agieren wird als Trump. Im Vergleich mit Trumps Tonfall werde Biden wesentlich diplomatischer vorgehen. Lang etablierte Kontakte nach China und diplomatische Protokolle werden wieder stärker berücksichtigt werden.

Allerdings dämpft CNN auch die Erwartungen an einen grundlegenden Wechsel in der Chinapolitik der USA nach dem Amtsantritt Bidens. Der Technologiekonflikt zwischen China und den USA werde sich demnach ausweiten. Auch beim Handel stünden sich die USA und China weiterhin als große Konkurrenten gegenüber. Für die aktuellen Handelskonflikte, wie zum Beispiel den amerikanischen Vorwurf des Technologiediebstahls und der Vorzugsbehandlung gegenüber chinesischen Unternehmen, stünden noch keine Lösungen parat. Präsident Biden wird auch Chinakritikern innerhalb seiner eigenen Reihen ausgesetzt sein. Vor allem ein Senat unter republikanischer Mehrheit würde eine harte Linie gegenüber China weiter unterstützen.

Mit Blick auf den Kapitalmarkt vermutet Reuters, dass die [Präsidentschaft Bidens zu einer Zunahme von Listings chinesischer Unternehmen an amerikanischen Börsen führen werde](#). Nachdem in diesem Jahr bereits 26 IPOs chinesischer Unternehmen mit einem Gesamtwert von 10,6 Milliarden US-Dollar an US-amerikanischen Börsen durchgeführt wurden, prognostiziert Reuters eine weitere Steigerung. Gegenüber den turbulenten Jahren der Trump-Administration verspreche Biden eine regulatorische Stabilität, welche die USA für chinesische Unternehmen attraktiver machen wird.

Aus China selbst gibt es bislang nur sehr verhaltene Reaktionen zur Wahl Bidens. Die chinesische Regierung hat ihm erst eine Woche nach seinem Wahlsieg gratuliert und dies auch nur am Rande einer Pressekonferenz. Diese [späte Reaktion](#) steht nicht nur im Kontrast zu den nahezu sofort erfolgten Gratulationen anderer Staaten an Biden, sondern auch im Gegensatz zur schnellen Gratulation nach Donald Trumps Wahlsieg im Jahr 2016 durch einen Anruf Xi Jinpings persönlich, schreibt der Guardian.

Die chinesische Global Times sieht in der verzögerten Reaktion der eigenen Staatsführung nichts Überraschendes. China hätte in den letzten Jahren unter Trump so sehr gelitten, dass sich das Verhältnis hier grundlegend gewandelt habe. [Für China spiele es keine Rolle, wer Präsident sei](#), denn man müsse sich ohnehin gegenüber den USA behaupten.

Eine andere Erklärung lautet, dass sich China sehr bewusst ist, dass Trump noch bis Januar die USA regieren wird und dass man sich in dieser Zeit keine zusätzlichen Konflikte einhandeln möchte. Die South China Morning Post deutet entsprechend auf das Risiko hin, dass in den verbleibenden Restmonaten von Trumps Präsidentschaft Konflikte zwischen den USA und China, beispielsweise um die Territorialansprüche im Südchinesischen Meer, eskalieren könnten. Den jüngsten Rauswurf von Sicherheitsberater Mark Espen sieht die Zeitung als bedrohliches Signal in diese Richtung.



China – Report

November 2020

3) Die USA setzen ihren Kurs zum Delisting chinesischer Unternehmen fort

Die US-amerikanische Börsenaufsichtsbehörde (Securities and Exchange Commission) treibt einen Plan zum Delisting chinesischer Unternehmen von den wichtigsten US-Börsen voran und droht damit einen weiteren Konflikt zwischen Washington und Peking auszulösen.

Bis Ende dieses Jahres beabsichtigt die SEC offenbar einen Vorschlag für eine neue Verordnung einzubringen, nach der chinesische Unternehmen wegen Nichteinhaltung der US-Prüfungsvorschriften von einem Delisting in den USA bedroht wären.

Es geht dabei um ein Problem, das die US-Aufsichtsbehörden seit mehr als einem Jahrzehnt beschäftigt: Chinas Weigerung, die Bilanzen von Alibaba, Baidu, und anderer in den USA gelisteter Unternehmen durch Inspektoren des Public Company Accounting Oversight Board prüfen zu lassen. Angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen beiden Ländern und als Folge des diesjährigen Bilanzskandals bei Luckin Coffee Inc. hat der Konflikt noch einmal an Dringlichkeit gewonnen.

Der Schritt der SEC ist ungewöhnlich, da die meisten Behörden nach einer Präsidentschaftswahl keine wichtigen neuen Richtlinien mehr erlassen, insbesondere wenn eine neue Partei die Führung übernimmt. Darüber hinaus ist es unwahrscheinlich, dass die Verordnung vor dem Ende der Amtszeit von Präsident Donald Trump am 20. Januar in Kraft tritt. Der derzeitige SEC-Chef Clayton, der bis Ende des Jahres zurücktreten will, wird ebenfalls vor Abschluss einer Verordnung nicht mehr im Amt sein. Das würde den finalen Schritt einem Nachfolger überlassen, der vom gewählten Präsidenten Joe Biden bestimmt wurde.

Die SEC selbst lehnt es bislang ab, sich zu den geplanten Regeln zu äußern. **Der Nasdaq Golden Dragon China Index, der u.a. die in den USA gelisteten chinesischen Unternehmen erfasst, schloss Ende November auf einem Rekordhoch.**

Chinesische Unternehmen gehen derweil verstärkt an den heimischen Börsen in Shanghai und Hongkong an die Börse. Die Listings in Hongkong sind in diesem Jahr um 33 Prozent auf 220 Mrd. HKD (28,4 Mrd. USD) gestiegen. Die Börse geht davon aus, dass die Listings von Unternehmen der Einzelhandels- und Konsumgüterbranche ebenfalls zurückkehren werden, sobald die Pandemie abgeklungen ist, sagte Bonnie Chan, die ein Team von mehr als 260 Mitarbeitern leitet, um Listings an der Hongkonger Börse zu genehmigen.

4) Das Ende der parlamentarischen Opposition in Hongkong

Die Krise in Hongkong, welche durch die immer stärkere Machtdurchsetzung Pekings in der Stadt ausgelöst wurde, weitet sich aus. Als neusten Schritt wurden [vier Abgeordnete der Oppositionsparteien im Parlament Hong Kongs von der pekingnahen Regierung ausgeschlossen](#). Alvin Yeung, Kwok Ka-ki, Dennis Kwok und Kenneth Leung wurden von der Regierung als „unqualifiziert“ für die Arbeit als Abgeordnete eingestuft und infolgedessen von



China – Report

November 2020

der Teilnahme an den Parlamentssitzungen ausgeschlossen, berichtet unter anderem der Guardian.

Die Absetzung von Parlamentariern wurde möglich, nachdem ein Gesetz in Peking verabschiedet wurde, durch das Abgeordnete ausgeschlossen werden dürfen, welche für die Unabhängigkeit Hongkongs eintreten, Hilfe durch andere Staaten zur „Einmischung in innere Angelegenheiten“ erbitten oder Aktivitäten durchführen, welche die „nationale Sicherheit“ gefährden würden. Die bewusst offenen Formulierungen lassen den Behörden Spielraum, praktisch jeden Abgeordneten zu entfernen, der ihnen unliebsam ist.

Carry Lam, Regierungschefin von Hongkong, sagte Reportern verschiedener Medien, dass Hongkong ein Parlament bestehend aus Patrioten brauche. Sie selbst habe keinen Anteil an der Entlassung der Abgeordneten, sondern setze lediglich um, was das Ständige Komitee des Volkskongresses in Peking beschlossen habe. Wu Chi-wai, einer der Sprecher der Oppositionsparteien, warf den Behörden Hongkongs vor, die Gewaltenteilung in Hongkong zu zerstören und die Verfassung aufzugeben.

Das Parlament von Hongkong besteht nur zu einer Minderheit aus gewählten Abgeordneten, während die Mehrheit der Parlamentarier durch Peking bestimmt wird. Kurz nach Bekanntwerden des Ausschlusses der vier Abgeordneten kündigten auch die verbliebenen 15 Abgeordneten der Opposition geschlossen an, zurückzutreten.

Mit diesem Schritt ist das Ende der parlamentarischen Opposition in Hongkong endgültig und damit auch ein weiteres Element des Prinzips Ein-Land-Zwei-Systeme. Dieses Prinzip wurde bei der Übergabe der britischen Kolonie Hongkong an die Volksrepublik China im Jahr 1997 vereinbart und sollte garantieren, dass Demokratie, Gewaltentrennung und Medienfreiheit in Hongkong mittels der Ausnahme Hongkongs aus dem Geltungsbereich chinesischer Gesetze gewahrt werden. Mit der Annahme des Sicherheitsgesetzes und der Verhaftung etlicher Journalisten und Oppositionsführer (wir berichteten) wurde dieses Prinzip jedoch immer weiter ausgehöhlt.

International sorgte der Ausschluss der Opposition in Hongkong für Proteste. Unter anderem die Regierungen von Deutschland und Österreich sowie etliche Senatoren in den USA verurteilten die Vorgehensweise Chinas. Lord Patten, ehemaliger Gouverneur von Hongkong und damals mitverantwortlich für die Übergabe der Kolonie an China, sagte, dass der Vorgang ein weiteres Beispiel dafür sei, wie China auf den Resten der Demokratie in Hongkong trample. Dominic Raab, Außenminister von Großbritannien, warf China vor, das chinesisch-britische Abkommen zur Garantie des Prinzips Ein-Land-Zwei-Systeme gebrochen zu haben, berichtet Reuters. Er sagte, dass Großbritannien an der Seite der Bevölkerung Hongkongs gegenüber der Regierung in Peking stehen werde. Nigel Adams, Raabs Stellvertreter und Verantwortlicher im britischen Außenministerium für Asien, sagte, dass das [britische Außenministerium über Sanktionen gegen einzelne verantwortliche Personen in China nachdenke](#). Auf die Frage, ob darunter auch Carrie Lam fallen könnte, sagte Adams jedoch, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht hilfreich sei, über Namen zu spekulieren.



China – Report

November 2020

5) China will seine Internet-Giganten stärker regulieren

Schon kurz vor dem geplatzten Börsengang des Finanzarms Ant Group von Alibaba, kündigten die chinesischen Behörden an, dass sie den heimischen Internetgiganten härtere Daumenschrauben anlegen wollen. **Mit der Laissez-faire-Strategie der vergangenen Jahre scheint es nun schlagartig vorbei zu sein.**

Mitte November kündigte die State Administration for Market Regulation in Peking an, dass sie einen Gesetzesentwurf erarbeitet hätte, um die Internetplattformen im Land besser zu regulieren.

Bisher hatten Chinas Tech-Konzerne wie Didi, Tencent, Baidu und Alibaba aber auch Fintechs wie die Ant Group weitgehend freie Hand sich zu entwickeln. [Sie werden aber nun in die Nationale Strategie zur Entwicklung einer führenden Technologienation mit einbezogen und dazu gehören auch Regeln.](#) Bereits 2019 hatte Peking diesen Weg mit einer eigenen Datenschutzverordnung eingeschlagen. Laut Einschätzung der Financial Times wird nun zum ersten Mal auch an einem neuen Wettbewerbsrecht in der Techbranche gearbeitet.

So ist es beim E-Commerce Händler Alibaba zum Beispiel Praxis, dass die Händler gezwungen sind nur auf den Plattformen von Alibaba zu verkaufen und nicht zusätzlich auf denen von Wettbewerbern. Die Dominanz und Größe dieser Technologieunternehmen ist inzwischen zu einem großen Risiko geworden. Alibaba etwa verkauft ein Fünftel aller Konsumgüter in China über seine Plattformen.

Und auch für Investoren, die sich über ETFs an den chinesischen Börsen engagieren, könnte die Dominanz dieser Unternehmen leicht eine Gefahr darstellen, denn Alibaba, Tencent, JD.com und der Essenslieferant Meituan haben zusammen eine Gewichtung von fast 45 Prozent im MSCI China Index.

6) Ehemaliger FIVV-Repräsentant findet älteste Bälle Eurasiens

Eine Gruppe von Wissenschaftlern ist bei ihrer Studie zu Funden aus Gräbern im Nordwesten Chinas auf Bälle gestoßen, welche sie mit einem Alter von 3000 Jahren als die ältesten Bälle Eurasiens datierten. Federführend für das Wissenschaftlerteam ist Dr. Patrick Wertmann, welcher von 2017 bis 2019 Chinarepräsentant der FIVV AG in Peking war und heute wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Zürich ist.

Das Team um Dr. Wertmann hat für die Studie, welche [im Journal of Archaeological Science publiziert](#), in der [Pressemitteilung der Universität](#) zusammengefasst und in Zeitungen wie der Süddeutschen Zeitung ausführlicher [eingeordnet](#) wurde, drei Lederbälle mit einem Durchmesser zwischen 7 und 9 cm aus einem alten Friedhof in der Nähe der Stadt Turfan analysiert. Die Ergebnisse belegen ein Alter der Bälle zwischen 3200 und 2900 Jahren. Die Bälle sind damit 500 Jahre älter als die bisher ältesten bekannten antiken Bälle Europas und Asiens.



China – Report

November 2020

Die archäologischen Belege dieses Fundes reichen leider nicht aus, um die Frage zu beantworten, wie genau mit den Bällen gespielt wurde. In Kombination mit späteren Darstellungen von Spielern, die auf Pferden reitend Bälle mit exakt den gleichen auffallenden Mustern wie auf den nun gefundenen Bällen schlagen, spricht jedoch für die Vermutung, dass die Bälle bei einer Form des Polos oder Hockeys benutzt worden sein könnten.

Da zumindest zwei der drei Bälle in Gräbern von Reitern gefunden wurden, wie die Überreste von speziell von Reitern benutzten Bögen und Hosen in den Gräbern belegen, sind die Funde ein Anzeichen dafür, dass Bälle und Ballsport bereits früh als eine Form der körperlichen Ertüchtigung und des militärischen Trainings zum gesellschaftlichen Leben in Zentralasien dazugehörten. Die Studie zeigt damit auch einmal mehr, dass der Nordwesten Chinas vor mehreren Jahrtausenden eines der Innovationszentren des Transportwesens, der Militärtechnik und offenbar auch des Spiels war.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.